

Bezugsgebühr:

Mindestpreis für Bezug bei Buchhandlungen durch andere Unternehmen und ausgenommen an Gewerbe und Konkurrenz nur einmal 20 Pf. ab 10 Uhr, nach anderthalb Stunden 20 Pf. ab 10 Uhr, bis zu einer halben Stunde durch die Post 10 Pf. ohne Briefporto, im Rückland mit ausserordentlichem Aufwand. Ausdrucksaufdruck eines Originalschriften, nur aus deutscher Quellenangabe (Dresden, Radebeul) gestattet. Rechtschaffliche Honoraransprüche der Dienstleistungen unverhältnismässig überlangen Wandschriften werden nicht anerkannt.

Telexgramm-Nr. 1000:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck & Co. | Chocoladen, Cacaos
Desserts.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.
Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Carill.

Zahlung von Anzeigen
bis mitternächtig 5 Uhr. Sonn- und
Feiertags nur Mietentnahmen ab 22 Uhr bis 1 Uhr. Die zinflatierte Gründungs-
zeit ist 8 Seiten ab 10 Pf., Ab-
schwächungen auf der Privatseite Zeile
ab 10 Pf.; die Zinflatierte Seite auf Zeit-
zeit 5 Pf., ab eingekauft Seite
10 Pf. Die Nummern nach Sonn-
und Feiertags 1 zinflatierte Gründungs-
zeit 10 Pf., am Montag 42 Pf.
Zinflatierte Seite auf Zeitseite und als
eingekauft 10 Pf. Nachmittags Aus-
gabe nur gegen Voranmeldung
Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Gemüthsreiz: Nr. 11 und 2006.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 28.

Glaswaren

Jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl.

Wihl, Rühl & Sohn, Königl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle A. I. 6081.

Maske - Neuheiten!

Masken-Schmuck

Orig. Ueberraschungen

B. A. Müller Knallbonbons

Tafel-Scherze.

Königl. Sächs. Hoflieferant
Prager Strasse 32/34 — Sport- und Spielwaren-Haus.

Julius Schädlich

Am See 10, part. u. I. Et.

Beleuchtungs Gegenstände

für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, außerordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchi., Marienstr. 20, 3 Raben.**

Mr. 40. Spiegel: Für Bülow und die Landwirtschaft. Arbeitserzählung, Höhere Söhne, Polnischer Adel, Mutmaßl. Witterung: Textilarbeiterstreit, Landesversicherungsamt, Goldfische. Völkertwochenbericht. Mittwoch, veränderlich. **Sonntag, 11. Februar 1906.**

Die große Landwirtschafts-Woche in Berlin

hat in den bereits mitgeteilten, auf dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats gehaltenen Reden eine Ouvertüre gebracht, wie sie nicht besser gedacht werden kann. Die markanteste Erscheinung war die Rede des Reichskanzlers Fürst Bülow, die weit über den Wert einer Gelegenheitsrede hinausgreifend — fast einen programmatischen Charakter trug. Nachdem der leitende Staatsmann in Preußen und Deutschland den eben durchlebten Sturm wegen der Fleischsteuerung kurz gestreift und noch einmal die Stellung der Regierung dahin festgelegt hatte, dass die Öffnung der Grenzen nur dort zugelassen werden könnte, wo eine Freiheit der Seidenwechselbewegung durch fremdes Vieh absolut ausgeschlossen sei, ging er auf allgemeine politische Grundsätze über und stellte wie einen rochen der bronzenen Laptopten Soh auf: „Ich betrachte es als die vornehmste Aufgabe der Regierung, den deutschen Bauernstand zu kräftigen, zu schützen, zu heben; und das nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen.“

Schon oft hat der Reichskanzler bei gleicher Gelegenheit sein warmes Interesse für die Erhaltung und Förderung der deutschen Landwirtschaft und besonders des Klein- und Mittelbauerns zum Ausdruck gebracht, aber wohl noch nie hat er mit einer solchen Heiterkeit betont, dass er die Kräftigung des Bauernstandes als eine der Hauptaufgaben seiner inneren Politik betrachte. Die Richtigkeit dieses Regierungsarbeitslosen wird durch die Geschichte aller Zeiten und Völker erhärtet, und beweisen lässt sie in dieser Richtung die Auflösung, die gerade ein freisinniger Mann, wie Professor Mommsen es war, in seiner römischen Geschichte niedergelegt hat. Aber man braucht gar nicht so weit zurückzugehen, sondern nur in die Gegenwart etwas schärfer hineinzusehen, um die gleiche Bedeutung zu finden, denn es ist doch sicher auffallend, dass alle demokratischen, alle sozial-revolutionären Parteien Deutschlands und auch die eintönigen Vertreter der internationalen Handelsfreiheit stromm anti-agrarisch gesinnt sind. Darum überrascht es nicht weiter, wenn die Reden auf dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats den Herren vom Kreisamt und von der Sozialdemokratie schwer auf die Nerven gefallen sind: ihre Protagonisten — „Berliner Tageblatt“, „Freie Deutsche Presse“, „Vorwärts“ — tutt quanti — spielen förmlich Gift und Galle und lassen in drücklicher Einigkeit den wütenden Ruf erschallen: „Der langen Reichskanzler-Rede fügt sich also: es wird weiter agrarisch regiert, modern Handel und Verkehr, mag die Selbstverwaltung, mag die gesamte konsumierende Bevölkerung darunter auch auf das schwere zu leiden haben.“ Abgesehen vom Kreisamt beider Schattierung und der Sozialdemokratie, die ja nicht nur in der Agrarfrage gemeinsame Verführungspunkte haben, beurteilt die öffentliche Meinung die Bülow'sche Rede mit grösster Genugtuung, und das bis in die Reihen des linksstehenden Nationalliberalismus hinein, der nur an den Regierungsdankten über den Umfang der Grenzsperrre verdeckte Ausschüttungen zu machen hat. In der richtigen Würdigung der grundsätzlichen Notwendigkeit einer agrarfreundlichen Regierungspolitik aber ist man sich im übrigen auf allen Seiten einig...

Es ist auch für jeden politisch Denkfähigen einleuchtend, dass jeder besonnenen Regierung die Pflege einer wirtschaftlichen Erwerbsgruppe, wie sie in der Landwirtschaft als einem der wertvollsten Bestandteile unseres Volkskörpers vertreten ist, als einem der wertvollsten Bestandteile unseres Volkskörpers, außerordentlich am Herzen liegen muss aus wirtschaftlichen und aus sozialpolitischen Gründen. Auf den letzten Punkt legte am Donnerstag Fürst Bülow das Hauptgewicht, indem er gerade den Bauernstand mit seiner zähnen, wurzelreichen Heimatliebe und Vaterlandstreue als festestes Volkwerk gegen jede Art von Umsturz begrüßte. Dieser Gedanke ist zwar schon oft und klar begründet ausgeprochen worden, aber man kann ihn nie oft genug wiederholen, denn je drohender die Revolution ihr Hauptemportret und alles bestehende angefertigt, um so mehr möchte die dringende Notwendigkeit, mit allen Mitteln den Stand auf feste wirtschaftliche Füße zu stellen, an dessen bodenwurzelnder Kraft der Ansturm aller umstürzlerischen Mächte wie an einem Hellen abprallen wird. Aus dieser Erkenntnis von dem geradezu unschätzbaren Wert des Bauernstandes in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie folgt wie von selbst die Pflicht der Regierung, für ihn noch kräftiger und im Rahmen des Ganges zu sorgen. Das hat auch Fürst Bülow mit ungemein deutigen Worten getan, indem er mit erhobener Stimme aussprach: „Um so mehr aber haben Regierungen und Reichskanzler die Pflicht, den Bauernstand, als eines der festesten Fundamente des monarchischen Staatswesens, zu schützen, seine Existenzbedingungen zu sichern und ihn nicht untergehen zu lassen. Dieser Pflicht werde ich genügen, solange ich an leitender Stelle sehe. Und ich wünschte, dass mich in dieser

Nichtung alle diejenigen unterstützen möchten, die auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung stehen, die eine friedliche und freiheitliche Entwicklung unserer inneren Verhältnisse wollen, unbeschadet der Zugehörigkeit zu dieser oder jener bürgerlichen Partei. Denn solange der Landwirt, solange der deutsche Bauer auf seiner Scholle sitzt, solange er ein exträgliches Dasein hat, wird die Sozialdemokratie nicht herrischen zwischen Ostssee und Alpen.“ Nun wird dem Kanzler diese Worte danken müssen, zeigen sie doch, dass er Wert und Bedürfnisse der Landwirtschaft nicht nur mit dem Kopfe, sondern auch mit dem Herzen erfasst hat. Wenn auch der Präsident des Landwirtschaftsrates, Graf von Schwerin-Löwitz, in seiner gehaltvollen Rede ein Bild von der Entwicklung und dem heutigen Stande der deutschen Landwirtschaft vorwiegend in rosigem Farben gab und den Ton erhöhter Ansicht auf die Zukunft durch seine Worte hindurchlängen liess, so soll natürlich dem, was hier ein intimer Kenner der einschlägigen Verhältnisse sagt, nie und nimmer widergesprochen werden, aber die „Deutsche Tageszeit“ scheint in einer Hinsicht das Rechte zu treffen, wenn sie in diesem Belang offen folgendes ausspricht: „Die Landwirtschaft steht auch heute vielfach noch unter einem schwer empfindenden Drucke, der sich nur ganz allmählich heben will. Aber das ist ohne Frage richtig, dass neue Lebenskraft und neue Lebenshöhe sich wiederherstellen, wenn auch die noch zögern und zögernd, scheuen und schüchtern, doch wieder Wurzel zu schlagen und zu setzen beginnen. Auch in den Kreisen, wo die Lage noch einigermaßen drückend ist, beginnt man zu merken, dass der Tiefland überwunden ist und dass es aufwärts zu gehen scheint. Wir freuen uns mit dem Großen Schwerin der neuen Hoffnung und des wiederkehrenden Vertrauens und wünschen von Herzen, dass sich die schönen Erwartungen erfüllen mögen. Bleibend halten wir es aber für unsere Pflicht, vor übertriebener Hoffnungshöhe und blinder Vertrauenshöhe zu warnen. Noch ist die Landwirtschaft nicht über den Berg! Noch drohen ihr gewaltige Gefahren. Noch sind ihre Gegner bemüht, ihr das Wiedergewonnene streitig zu machen. Wenn die Landwirtschaft will, dass ihr das mühsem Erklämt gefügert werde, dann muss sie den frostvollen Zusammenschluss, durch den sie allein oder doch in erster Linie befähigt wurde, die Zeit des Niederganges und der Not zu überdauern, nicht nur währen, sondern auch sichern und festigen für alle Zeit.“

In anderer Hinsicht aber sollte man den Wunschbogen nicht zu straff spannen und — wie es die genannte Zeitung, wenn auch etwas verschämt, zu tun beliebt — vor allen Dingen seinerlei „alte, soldatische Kampfreudigkeit“ in den Herzen der Landleute angustatheln suchen. Es ist genug des Komplex zwischen den einzelnen Volks- und Interessentreihen; allmählich beginnt auch das Schlachtfestrei „die Industrie, die Landwirtschaft“ zu verstummen zum Segen des geistlichen Handhabungs beider und zum Nutzen unserer gemeinsamen vaterländischen Interessen, sodass es freudhaft wäre, alte Wunden, die im Vernorben begriffen sind, gewissam wieder aufzutrennen zu wollen. Wen zu Rufen? Hat die Kapitalistische Wirtschafts- und Handelsvertrag-Politik die Industrie einst übermäßig begünstigt auf Kosten der Landwirtschaft, so hat bei den jüngsten Erneuerungen unserer Handelsverträge diesmal die Industrie nicht unbeträchtliche Opfer bringen müssen zu Gunsten der Landwirtschaft, die allerdings bringend einer Hilfe bedurfte. So ist also — soweit das überhaupt in menschlicher Macht steht — ein anässigend gerechter Ausgleich zwischen beiden Erwerbszweigen geschaffen und damit eine Basis gegeben, auf der Landwirtschaft und Industrie vereint an ihrer gemeinsamen Aufgabe arbeiten können, nämlich an der fruchtbringenden Entwicklung unserer nationalen Wirtschaftslage und unseres Volkswohlstandes. Beide haben das gleiche Interesse an dem Fortbestand unserer Staatsordnung, beide kämpfen deshalb auch gegen den gleichen Gegner, zwischen beiden bestehthe weiter die innigsten wirtschaftlichen Beziehungen, und darum sollte man wirklich nicht allzusehr die trennenden Momente betonen und mit schlechten Augen dorthin spähen, ob es huben oder drüber besser geht, sondern das gemeinsame Ziel im Auge behalten: Landwirtschaft und Industrie neidlos Hand in Hand, das ist das Zukunftsideal, und in diesem Sinne werden wir uns stets freuen, wenn seitens der Regierungen einem gerechten Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Landwirtschaft und Industrie je länger, je mehr Rechnung getragen wird. Auch die Regierungen müssen durch eine weise und vorsichtig obwägende Wirtschaftspolitik dazu beitragen, dass Frieden zwischen den einzelnen Erwerbszweigen zu stande kommt und womöglich dauernd gesichert bleibt. Wenn Fürst Bülow bei dem Festmahl des Landwirtschaftsrates so besonders den Wert des ländlichen Mittelstandes — der Bauernschaft — und die Notwendigkeit seiner staatlichen Unterstüzung betonte, so wäre es wohl erwünscht gemesen, dass der Regierungsvorsteher, Graf Bosadowski, neulich im Reichstage gelegentlich der Mittelstand-Debatte gleiche Worte des Wohlwollens für den städtischen Mittelstand im allgemeinen und bas-

Handwerk im besonderen gefunden hätte. Unter mir tut auch hier eine schleunig statliche Hilfsaktion, wosfern nicht die politische Verlässlichkeit und der Wert des städtischen Mittelstandes langsam, aber sicher sinken soll: Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig! Hoffentlich holt Fürst Bülow das in dieser Hinsicht vom Grafen Bosadowski Versäumte recht bald und recht aufriebstellend nach....

Neueste Drahtmeldungen vom 10. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Abg. Bömelburg (Sos.) begründet die sozialdemokratische Interpellation über das Grubenunglück auf der Zeche Borussia. Er bemängelt, dass der Reichskanzler in formale Einsände erhebe, um sich der Beantwortung der Interpellation zu entziehen. Selbst wenn hier gar keine Reichsgerie in Frage kämen, sollte der Reichskanzler die Gelegenheit wahrnehmen, um Ausklärung zu geben, da ganz Deutschland ein Interesse davon habe. Es habe geschehen, als solle auch in diesem Falle einmal wieder der Mantel der Liebe über die Schuldigen gelegt werden. Seit der Einleitung des Verfahrens gegen den einen Betriebsführer, der selbst nach Ansicht des Überbergamtes sich durch Betrug gegen bergpolizeiliche Bestimmungen fahrlässig Tötung schuldig gemacht habe, seien jetzt wieder vier Monate verflossen, ohne dass man von dem Fortgang des Verfahrens auch nur das Geringste erfahren habe. Die Mühen des Reichstags mahlen hier merkwürdig langsam. Der Streitgegen über die Anklagen gegen die Bergarbeiter-Ztg. arbeite die Staatsanwaltschaft viel zuviel. Redner verbreitet sich dann über die Urteile des Unfalls. Die Petroleum-Zämme habe sich an einem nicht feuerfesteren Füllort befinden. Das Lampen-Gehäuse habe Scheibe überhaupt nicht mehr besessen, und nur mit schwierigen Manipulationen sei es möglich gewesen, die Lampe in dem Gehäuse auch nur eingerichtet zu halten. Schon sechs Monate vor dem 10. Juli sei ein Brand an demselben Füllort entstanden und habe nur mit Mühe gelöscht werden können. Der Füllort sei unverrottet geweisen. Die vorhandene Sicherungs-Anlage sei seit Wochen nicht in Betrieb gehalten worden. Rettungs-Ausrüstung hätten gefehlt. Und gerade auf Zeche Borussia sei eine ganz niederrücktig schlechte Behandlung der Arbeiter Gebrauch geweisen. Von einer Schuld des Arbeiters oder des einen Arbeiters an dem Entstehen des Brandes könne keine Rede sein. Die Schuldbaren seien die Betriebsbehörde und die verantwortlich residierenden Beamten. — Abg. Giesberts (Rent): Der Fall zeige, wie groß das Risiko der Arbeiter gerade im Bergbau sei. Deshalb müsse der Schutz der Arbeiter nicht bloß eine Art der Fürsorge und der Wohltätigkeit sein, sondern eine Pflicht. Wenn die Sache sieben Monate lang in Dunkel gehüllt bleibe, so sei sicher etwas faul im Staate Dänemark. Man habe sich ancheinend gescheit, schwüle Wärme vorzubringen. Unerlässlich sei eine jahrlängige Durchführung der Arbeiterschicht-Berichten und zu dem Beute ein Reichsbergsatz. — Abg. Böhm (Roth): Meine Freunde haben am Dienstag deshalb nicht für die Beantwortung der Interpellation gestimmt, weil — Unterbrechung von links: Kurz vornamlich leitens des Abg. Hofmann-Berlin, Herr Abg. Hornmann, wenn ich in Ihrer Sprache reden wollte, würde ich sagen: Unterbrechen Sie mir nicht. Abg. Hofmann: Wenn ich solange die Schulden gebracht habe, wie Sie, wäre ich nicht bald so dumm mit Sie. — Präsident Graf Solms-Laubach: Sie dürfen einen Kollegen nicht dumm nennen; ich rufe Sie zur Erde. — Redner führt dann aus, dass die Krise, wie eine größere Betriebsfahrt zu erzielen sei, lediglich eine technische Frage sei. Von Betriebskontrollen sei es in dieser Beziehung nichts zu erwarten. Seine Freunde bedauerten, dass nicht schon viel früher ein amtlicher Bericht über das Grubenunglück ertheilt worden sei. — Abg. Lengemann (Frei): Vp. bemängelt die Erklärung des Staatssekretärs Greten Bosadowski, dass keine Betriebswidrigkeiten vorgekommen seien. Dabei doch selbst Minister Delbrück erklärt, die Einsichtnahme in die Akten habe ihn überzeugt, dass das Gericht das Verfahren gegen den Betriebsführer nicht einstellen könne, und da lag uns hier der deutsche Minister des Innern, es seien keine Schutzmaßnahmen verletzt. Die Erklärung des Grafen Bosadowski sei nicht nur eine Wirkung der Arbeiters, sondern auch des Reichstags. Redner bemängelt, dass die Betriebsordnung keine Mittel in die Hand gebe, die Sizung aufzuhören und den Reichskanzler zu zwingen, hier zu erscheinen. Die Unterzeichnung des Falles sei offenbar nur deshalb solange hingehalten worden, weil sie so viel unlieblames Material ergeben habe und man erst den ersten Eröffnungsschrei des Volkes habe verhören lassen wollen. Zum Schluß verlangt Redner ein Reichsbergsatz und vor allem Kontrolle durch Arbeiter. — Abg. Küller (Pole) äußert sich in gleichem Sinne. Eine Bemerkung des Redners, dass sich die preußische Regierung um das Wohl und Wonne der Arbeiter nicht kümmere, wird vom Bizepräsidenten Dr. Voigt für unzulänglich erklärt. — Abg. Hühn (Sos.) bedauert, die eigentlich Schuldigen lösen in den großen Bahnhöfen in Berlin, Frankfurt, Essen, Köln usw., denn sie verlangen Rente, Rente, Rente und zwängen die Betriebsbeamten zu übertriebener Sparfamilie, auch in bezug auf Sicherheitsvorrichtungen. Aus diesem Autounfall erkläre sich auch die Verbleppung der Unterzeichnung. — Abg. Erzberger (Rent) führt aus, dass das Reich in dieser Sache zuständig sei, da es sich um Arbeiterschichtbestimmungen handle, und bedauert deshalb das ablehnende Verhalten der Regierung. — Damit schließt die Vereinbarung gegen 5½ Uhr. — Montag 1 Uhr: Dritte Lesung der Novelle, betreffend freiwillige Gerichtsbarkeit, Etat.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Zentrum hat in der Steuerkommission des Reichstags, um die Deckung des Aufwands an neuen Steuern infolge der Streitigkeiten bei der Braunkohle-Vorlage und des Tabaksteuer-Entwurfs zu erleichtern, drei Anträge über neue Steuern eingereicht. Der erste dieser Anträge verlangt einen Belchluss der Kommission dahin, im Tarif zum Reichsstempelgesetz vom 14. Juni 1900: „Allen

A d r i a g l u t y

Preis per 1. Pakete MR. 100